

Freddy CREMER (ProDG)  
PDG, 26. April 2021

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Dokument 90 (2020-2021), Nr. 3

## **Zwischenbericht des Sonderausschusses zur Aufarbeitung der Covid-19-Pandemie**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

Meiner Stellungnahme zum vorliegenden Zwischenbericht möchte ich einige allgemeine Überlegungen vorausschicken.

Mir ist durchaus bewusst, dass sich der von unserem Parlament eingesetzte Sonderausschuss ausschließlich mit der Aufarbeitung der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung der Covid-19-Pandemie einerseits und deren folgenschweren Auswirkungen auf alle Lebensbereiche andererseits beschäftigt.

Nichtsdestotrotz möchte ich die heutige Aussprache über den Zwischenbericht in einen etwas breiteren Kontext stellen.

Seit Beginn der sanitären Krise befinden sich alle Regierungen überall auf der Welt in einer äußerst schwierigen Situation. Es gilt, sich fortwährend zwischen zwei übergeordneten Prinzipien zu entscheiden; in Französisch spricht man von einem 'dilemme cornélien'.

Vincent de Coorebyter, ehemaliger Leiter des CRISP und jetzt Professor für Philosophie und Politik an der ULB, analysiert, dass die politischen Entscheidungsträger im aktuellen Krisenkontext vor der objektiven Schwierigkeit stehen, sich fortwährend zwischen zwei übergeordneten Allgemeininteressen entscheiden zu müssen.

Einerseits muss eine Überlastung der Krankenhäuser und ein drohender Kollaps des Gesundheitssystems im Interesse der Volksgesundheit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert werden; andererseits gibt es ein übergeordnetes wirtschafts-politisches, gesellschaftliches und psychologisches Allgemeininteresse.

Coorebyter stellt fest: „Cette contradiction évidente fait que toute solution semble exécration *a priori* aux yeux d'un des deux grands critères. Nos responsables sont donc devant un choix cornélien.“ (Le Soir, 23. März 2021, S. 2)

Zu dieser objektiven Schwierigkeit kommt eine politische Schwierigkeit hinzu, die sich zunehmend zuspitzt. Seit über einem Jahr befinden wir uns in einer ständigen Alternanz zwischen verordneten Lockdown-Maßnahmen und Lockerungen dieser Maßnahmen. Das Ganze gleicht ein wenig der 'Echternacher Springprozeßion': drei Schritte vor, zwei Schritte zurück.

Wurden die strengen Maßnahmen während des ersten Lockdowns noch von der ganz großen Mehrheit der Bevölkerung gutgeheißen und strikt befolgt, so bröckelt diese Bereitschaft gegenwärtig zunehmend, und das, obwohl auch heute die Krankenhäuser in Belgien wieder vor vergleichbaren Herausforderungen stehen wie vor einem Jahr.

Vor einem Jahr stand die dramatische Situation in den Wohn- und Pflegezentren und in den Krankenhäusern im Fokus des öffentlichen Interesses; dies äußerte sich beispielsweise in spontanen Sympathiebekundungen für das in diesen Einrichtungen arbeitende Personal, das im Kampf gegen das Covid-19-Virus im wahrsten Sinne des Wortes an vorderster Front stand.

Obwohl die Situation in den Krankenhäusern auch heute wieder alarmierend ist, wird aber jetzt zunehmend die problematische Situation und die sich trotz aller beschlossenen Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen dramatisch zuspitzende Notlage anderer Sektoren und Personengruppen thematisiert: die prekäre Situation im Horeca-Bereich, der zunehmende Frust im Kultur- und Veranstaltungsbereich, der nur unter Einschränkungen funktionierende Einzelhandel, die Hilferufe der in den Kontaktberufen tätigen Personen, die zunehmende psychische Belastung der Jugendlichen, oder die nach wie vor geltenden Einschränkungen im Unterrichtswesen...

Dies ist das Dilemma, in dem sich augenblicklich auch die belgische Politik befindet. Auf der einen Seite gilt nach wie vor das übergeordnete Allgemeininteresse der Aufrechterhaltung der Dienstleistungen im Bereich der Gesundheitsversorgung und auf der anderen Seite stehen die existentiellen Nöte und Sorgen der gerade genannten Personengruppen.

Dieser politische Spagat ist keineswegs leicht. Sich täglich für oder gegen weitere Lockerungsmaßnahmen oder für oder gegen verschärfte Maßnahmen zu entscheiden, ist auch für alle politisch Verantwortlichen eine nervenaufreibende Aufgabe. Es ist ein täglicher politischer Drahtseilakt.

In diesem politischen Spannungsfeld entgegengesetzter Forderungen und Ansprüche gilt es zu lavigieren und die bestmöglichen Lösungen auszuloten. Dass dabei Enttäuschung, Frust, Wut und Unverständnis auftauchen, kann ich gut nachvollziehen.

Daher müssen auf allen politischen Entscheidungsebenen alle Register gezogen werden, um zumindest die wirtschaftliche Not der von der Krise am stärksten betroffenen Sektoren so gut wie möglich abzufedern. Darüber werden wir nachher noch debattieren, wenn das vierte Krisendekret auf der Tagesordnung steht.

Das von mir eben beschriebene Spannungsfeld zwischen zwei übergeordneten Herausforderungen - der Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems auf der einen Seite und den wirtschaftlichen, kulturellen, gesellschaftlichen, bildungs- und jugendpolitischen Belangen auf der anderen Seite – zieht sich auch in unserem Sonderausschuss wie ein roter Faden durch alle Anhörungen.

*Kein Verständnis habe ich allerdings für Initiativen, die in dieser angespannten Lage zu zivilem Ungehorsam aufrufen und damit die gesellschaftliche Kohäsion auf eine harte Bewährungsprobe stellen.*

*Richtiger ist es, die positiven Effekte einer inzwischen auf Hochtouren laufenden Impfkampagne abzuwarten und bereits angekündigte Lockerungsmaßnahmen um einige Tage und Wochen aufzuschieben. Genauso wichtig ist es aber auch, dass der Konzertierungsausschuss so schnell wie möglich für alle Sektoren einen verbindlichen Fahrplan mit realistischen Perspektiven erstellt.*

In Belgien, wie in allen anderen Staaten, wird das Krisenmanagement dadurch erschwert, dass es für diese seit über 15 Monaten anhaltende Gesundheitskrise keine Blaupause und keinen fertigen Katastrophenplan gibt. In dieser exponentiellen Krise lag es an den Regierungsverantwortlichen, schnell und effizient zu handeln

Angeheizt wird die aktuelle Stimmungslage noch durch nicht immer sehr sachlich geführte Debatten über eine mögliche Schiefelage in der demokratischen Machtaufteilung zwischen Exekutive und Legislative, einer unangemessenen Einschränkung der in der Verfassung garantierten Grundrechte und einer überdimensionierten Beeinflussung der politischen Entscheidungsträger durch Virologen und Epidemiologen.

Manche sehen gar die Demokratie und den Rechtsstaat in Gefahr.

Die Analyse, die Jens Kersten, Professor für Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften an der Universität zu München, in der April-Ausgabe der *Blätter für deutsche und internationale Politik* zum Thema einer vermeintlichen Verfassungs- und Demokratiekrise in Deutschland durchführte, kann m.E. fast unverändert auf die belgische Situation übertragen werden.

In seinem Artikel „*Leben wir in der Virokratie? Wie sich in der Pandemie unsere Demokratie bewährt*“ widerspricht er entschieden dem Eindruck, dass sich die Republik auf dem Weg in die von der AfD behauptete „Corona-Diktatur“ befinde.

Wörtlich schreibt er: „Doch dieser mediale Eindruck täuscht. Denn das Grundgesetz hat sich, allen voreiligen Nachrufen zum Trotz, in der Pandemie bewährt. Wir erleben in der Coronakrise gerade keinen Ausnahmezustand, sondern einen demokratischen Rechts- und Sozialstaat bei der Arbeit. Dies bedeutet keineswegs, dass keine Fehler gemacht wurden oder dass es keine Probleme gäbe. [...] Kritik ist also angebracht. Doch sie schießt dann über das Ziel hinaus, wenn sie Abläufe unseres politischen Systems schlicht außer Acht lässt. Ja, in der Krisenbewältigung sind in der Politik rechtswidrige Maßnahmen unterlaufen. Doch diese wurden und werden in der verfassungsstaatlichen Arbeitsteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative ganz überwiegend schnell und konsequent korrigiert.“ (S. 86)

Auch wenn die Pandemie-Krise Defizite im belgischen föderalen Staatsaufbau offengelegt hat; auch wenn es im Krisenmanagement manchmal große Versäumnisse gegeben hat; auch wenn gegen einzelne Beschlüsse und Maßnahmen des Konzertierungsausschusses vor dem Staatsrat oder bei Gerichten Klage eingereicht wurde; auch wenn die Kommunikation der föderalen Regierung manchmal unzureichend war, komme ich dennoch rückblickend auf die vergangenen 15 Monate zu der Schlussfolgerung, dass sich die demokratischen Institutionen in Belgien insgesamt durchaus als krisenresilient erwiesen haben. Das sage ich ganz bewusst, auch wenn in der Öffentlichkeit manchmal bewusst der Eindruck eines „failed state“, eines „gescheiterten Staates“ vermittelt wird.

Sonderausschüsse, die in fast allen belgischen Parlamenten eingesetzt wurden, werden aber genauer eruieren müssen, wo Defizite und Schwachstellen bestanden und immer noch bestehen und konkrete Handlungsempfehlungen formulieren müssen, die uns dazu befähigen, für kommende Krisen besser gerüstet zu sein.

Doch wie sieht es jetzt im Besonderen in unserer Gemeinschaft aus, wo ebenfalls im September 2020 ein Corona-Sonderausschuss seine Arbeit aufgenommen hat und wöchentlich tagt.

Abschließende Empfehlungen des Sonderausschusses, das haben die Berichterstatter gesagt, werden erst im Abschlussbericht, der in einem Jahr hinterlegt wird, formuliert. Erste Erkenntnisse aus den Anhörungen sind auf den Seiten 9 bis 11 des vorliegenden Berichtes dargelegt und von den Berichterstattern eben summarisch aufgelistet worden, so dass ich diese nicht noch einmal wiederholen muss.

Ich beschränke mich daher auf einige allgemeine Aussagen.

Obwohl es in prozeduralen Fragen in den ersten Sitzungen durchaus unterschiedliche Ansichten gab, möchte ich ausdrücklich die insgesamt gute fraktionsübergreifende Zusammenarbeit im Sonderausschuss lobend hervorheben. Im Mittelpunkt der Arbeit stand stets das Bestreben, sich einen möglichst tiefen Einblick in die seitens der

Regierung angebotenen Unterstützungsmaßnahmen zur Krisenbewältigung für die Institutionen, Organisationen und Vereinigungen in unserer Gemeinschaft zu verschaffen. Mit dieser Feststellung verbinde ich die Hoffnung, dass wir auch in den kommenden Monaten die weiteren Anhörungen in diesem konstruktiven Geiste fortsetzen werden. Denn es ist jetzt schon absehbar, dass die Anhörungen der relevanten Akteure und Organisationen noch bis Ende des Jahres andauern werden.

Auch wenn dies auf den ersten Blick als zu breit gefächert erscheint, ist diese Vorgehensweise m.E. erforderlich, wenn man sich eine möglichst vollständige Übersicht der Auswirkungen dieser Krise verschaffen will.

Jeder von uns hat durch sein persönliches und berufliches Umfeld einen sehr subjektiv und selektiv geprägten Blick auf diese Pandemie. Wie in einem Mosaik ergeben erst diese Anhörungen aller relevanten Akteure und Organisationen ein vollständiges Bild der Krise und deren Auswirkungen in Ostbelgien.

So habe ich mich beispielsweise, genau wie jeder andere in diesem Haus, über die Medien regelmäßig über die Situation in den beiden Krankenhäusern und in den Wohn- und Pflegezentren informiert. Aber erst die Schilderungen des Führungspersonals dieser Einrichtungen und besonders des dort beschäftigten Pflegepersonals haben mir die ganze Dramatik der Situation in diesen Einrichtungen während der Lockdown-Phasen deutlich vor Augen geführt.

Manches Mal habe ich mir gewünscht, dass Corona-Verharmloser oder maßlose Kritiker der festgelegten Schutzmaßnahmen bei diesen Anhörungen anwesend gewesen wären; das hätte, davon bin ich überzeugt, so manchen zum Umdenken bewegt.

Bislang wurden Vertreter folgender Organisationen angehört: aller Wohn- und Pflegezentren, des BTZ, der beiden Krankenhäuser, des Mosaik-Zentrums, der SIA, des Pflegepersonals in den verschiedenen Einrichtungen und der KPVDB, der Senioren- und Familienhilfsdienste, des Palliativepflegeverbands, des ADG, des WSR, der WFG, der Mittelstandvereinigung, der Ostbelgieninvest, der TAO, des Leitverbands des Ostbelgischen Sports, des Medienzentrums, des Verbandes der deutschsprachigen Bibliotheken, der Museen, der Kulturträger, des RDJ, des Rates für Erwachsenenbildung, der Musikakademie, der Kindergärten, der Primar- und Sekundarschulen, der Förderschulen, der AHS, der beiden ZAWM und des IAWM. In zwei Sitzungen haben eine Juristin des Parlaments und zwei Vertreter des CRISP die juristischen und politikwissenschaftlichen Aspekte des Krisenmanagements im föderalen Belgien erläutert und in drei Sitzungen wurden bislang zwei Regierungsmitglieder - Frau Ministerin Weykmans und Herr Minister Antoniadis - angehört.

Allein schon diese Stakkato-Auflistung lässt den Umfang der bisher geleisteten

Arbeit erahnen. Wir haben und bewusst dafür entschieden, dass Regierungsmitglieder und Kabinettsmitarbeiter lediglich als Zuhörer an diesen Anhörungen teilnehmen dürfen. Diese Vorgehensweise erwies sich im nach hinein als eine wichtige Vorbedingung für einen offenen Austausch zwischen den Mitgliedern des Sonderausschusses und den Vertretern der angehörten Organisationen.

Auch die vom Sonderausschuss festgelegte Vorgehensweise, den anzuhörenden Organisationen und Institutionen vorab einen umfangreichen Fragenkatalog zu übermitteln, erwies sich als zielführend, da diese Methode den Organisationen und Einrichtungen eine gründliche Vorbereitung auf die Anhörungen im Sonderausschuss ermöglichte.

Ich möchte es an dieser Stelle nicht versäumen, allen angehörten Vereinigungen, Organisationen und Personen ausdrücklich für den hohen Arbeitseinsatz bei der Vorbereitung dieser Anhörungen und für die Offenheit der Aussprache im Sonderausschuss zu danken. Jede einzelne Anhörung wurde von der jeweiligen Organisation, Institution oder vom jeweiligen Verband akribisch vorbereitet.

Diese Anhörungen sind meiner Einschätzung zufolge, das Gegenstück zu den manchmal etwas überhitzten Diskussionen im Kontext von Kontrollsitungen und parlamentarischen Debatten, die sich mit der Covid-Pandemie befassen.

Ergänzt werden diese Anhörungen durch das umfangreiche statistische Material, das seit Beginn der Krise erhoben wird, dazu gehören beispielsweise das monatliche Monitoring der ostbelgischen Wirtschaft, die Forsa-Umfragen, die Befragungen im Kultur- und Sportbereich ... oder die geplante Umfrage zum Hybrid-Unterricht. Komplettiert wird das Ganze durch die im Sommer für die Bürger unserer Gemeinschaft eröffnete Möglichkeit, ihre persönlichen Erfahrungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise zu schildern. Zudem wird die Möglichkeit eruiert, dass Organisation, die bereits angehört wurden, die Möglichkeit geboten wird, in einer schriftlichen Stellungnahme auf aktuelle Entwicklungen einzugehen.

Ob es weiterer großer Bürgerbefragungen im Rahmen der Arbeiten des Sonderausschusses bedarf, muss geprüft werden. Ganz bewusst hat aber der Sonderausschuss entschieden, auf Anhörungen von Spezialisten, die von einzelnen Fraktionen bezeichnet werden, zu verzichten, um den Sonderausschuss nicht in ein Diskussionsforum über parteipolitische Standpunkte zu verwandeln.

Werte Kolleginnen und Kollegen, die bisher geleistete Arbeit bringt mich zu der

Überzeugung, dass es dem Sonderausschuss gelingen wird, die dreifache Aufgabenstellung - 1. eine umfassende Bestandsaufnahme aller getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen; 2. die Wahrnehmung derselben durch die Bevölkerung; und 3. die Formulierung von Erkenntnissen und Empfehlungen - zu einem guten Ende zu bringen.

Was mich in dieser optimistischen Einschätzung aber am meisten unterstützt, sind, wie ich eben bereits sagte, das Engagement, die hohe Professionalität und die Seriosität mit der die bisher angehörten Personen und Organisationen sich an der Arbeit des Sonderausschusses beteiligt haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Freddy Cremer  
ProDG-Fraktion